

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 031 | 28.4.2023

Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik Kommunen in der Migrationspolitik unterstützen

Liebe Leserin, lieber Leser,

Am 30. März 2023 haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion Entscheidungsträger der kommunalen Ebene nach Berlin eingeladen. Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte aus ganz Deutschland kamen parteiübergreifend beim Kommunalgipfel zusammen, um über die aktuelle Flüchtlings- und Migrationslage zu diskutieren.

Aus den Beiträgen der Kommunalpolitiker wurden zwei Punkte deutlich: Erstens ist die Bereitschaft, geflohenen Menschen in Not beizustehen, überall in unserem Land nach wie vor groß. Zweitens ist aber festzustellen, dass die faktischen Ressourcen für die Aufnahme weiterer Asylbewerber an ihre Grenzen stoßen. Es fehlt an mehr als nur an Geld: Es mangelt an Wohnraum, Kinderbetreuung und Kapazitäten in Behörden und Schulen. Auf wirksame Hilfe der Bundesregierung konnten die Kommunen bisher nicht zählen: Die beiden „Flüchtlingsgipfel“ bei der Bundesinnenministerin blieben ohne Ergebnis.

Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir als Fraktion für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems.

Deshalb haben wir im Nachgang zum Kommunalgipfel einen [Leitantrag](#) für diese Sitzungswoche mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Darin fordern wir: Die Migrationspolitik muss endlich Chefsache innerhalb der Bundesregierung werden. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern. Auch muss der Bund den Kommunen bei den entstehenden Kosten zur Seite stehen. Nur so können wir die Kommunen entlasten und die Akzeptanz für die humanitäre Verantwortung Deutschlands für tatsächlich Schutzbedürftige erhalten.

[Unsere Anträge](#) zu den Zukunftsthemen **Wirtschaft, Energie, Klimaschutz.**

In dieser Sitzungswoche setzen wir einen Schwerpunkt auf das Zukunftsthema Wirtschaft, Energie und Klimaschutz. Bereits in der vergangenen Woche haben wir einen Antrag zum Thema Bürokratieabbau eingebracht. Diese Woche debattiert der Deutsche Bundestag unsere Initiativen zu nachhaltiger Heizenergie, Wachstumsimpulsen und internationalem Steuerwettbewerb. In der kommenden Sitzungswoche wollen wir uns mit dem Wasserstoffhochlauf befassen.

Der Weg hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 wird mit marktwirtschaftlichen Instrumenten und Technologie, aber nicht mit Verboten und Gängelung gelingen. Das unterscheidet uns von der amtierenden Bundesregierung. Deutschland braucht mehr Ingenieure und weniger Ideologen. Deutschlands Wirtschaft braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Dazu gehört eine versorgungssichere und bezahlbare Energieversorgung, die zur Erreichung der Klimaschutzziele beiträgt.



Träumereien von „De-Growth“ als vermeintliche Antwort auf den Klimawandel erteilen wir eine klare Absage.



Einwanderung von Fachkräften

Seit dem Jahr 2020 hat Deutschland eines der liberalsten Einwanderungsgesetze für Fachkräfte weltweit. Unter der unionsgeführten Bundesregierung haben wir das Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen: Es stellt sicher, dass diejenigen zu uns kommen, die wir als Fachkräfte brauchen. Diese Einwanderer sollen im Gegenzug eine langfristige Chance auf unserem Arbeitsmarkt haben und gut integriert werden. Deshalb sind die zwei wichtigsten Voraussetzungen für die dauerhafte Einwanderung nach dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz:



Mindestens ein anerkannter Berufsabschluss und ein Arbeitsplatzangebot in Deutschland.

Die Nachfrage der deutschen Wirtschaft nach Fachkräften ist weiterhin hoch: Im bisherigen Jahresdurchschnitt 2023 waren 773.121 freie Arbeitsstellen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet. Forscher gehen von jedoch insgesamt von rund zwei Millionen unbesetzten Stellen in Deutschland aus, davon allerdings nur ein knappes Viertel im ungelerten Bereich. Nach den Daten der Bundesagentur für Arbeit liegt die Arbeitslosenquote formal Geringqualifizierter gegenwärtig bei 21 Prozent, während Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung lediglich eine Arbeitslosenquote von 3 Prozent aufweisen.

Damit wird klar: Wir haben in Deutschland einen Fachkräftemangel. Trotz der sehr weitreichenden Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes von 2020 müssen wir deren praktische Umsetzung und damit die Chance für unsere Wirtschaft, in ausreichender Zahl Fachkräfte im Ausland zu gewinnen, noch weiter verbessern. Deshalb fordern wir die Schaffung einer vollständig digital arbeitenden Bundesagentur für Einwanderung („work-and-stay“).

Die Ampelparteien haben nun einen Vorschlag zur „Weiterentwicklung“ des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vorgelegt. Diese Regelungen sehen wir insbesondere in folgenden Punkten kritisch:

- Die Ampelparteien wollen die Voraussetzungen des in Deutschland anerkannten Berufsabschlusses und eines Arbeitsplatzes für die Einwanderung abschaffen. Zukünftig sollen auch Personen ohne einen mit einer deutschen Fachkraft vergleichbaren Abschluss einwandern dürfen.

Es soll bereits eine im Herkunftsland anerkannte zweijährige Berufsausbildung, praktische Berufserfahrung und ein Einkommen von ca. 3.200 Euro/Monat ausreichen.

- Eine Fachkraft soll künftig jede qualifizierte Beschäftigung – auch ohne Bezug zu ihrer Ausbildung – ausüben können. Damit wird die Qualifikation in Bezug auf den Arbeitsplatz entwertet.



- Mit der sogenannten „Chancenkarte“ will die Ampel ein Punktesystem für eine einjährige Arbeitsplatzsuche in Deutschland einführen. Für Fachkräfte gibt es aber bereits heute die Möglichkeit zur sechsmonatigen Arbeitsplatzsuche. In einigen Staaten wie Kanada werden Punktesysteme schon lange genutzt, um aus einem Überangebot an Bewerbern eine Bestenauslese vorzunehmen.

In Deutschland aber herrscht ein Unterangebot: Zu wenig qualifizierte Fachkräfte und zu viele Geringqualifizierte wollen nach Deutschland. In dieser Lage bietet das Punktesystem bzw. die „Chancenkarte“ keinen Mehrwert, sondern es senkt die Anforderungen für die Einreise von Niedrigqualifizierten weiter ab. Dazu schafft es nur neue Bürokratie.

Unsere Position

Deutschland braucht mehr gut ausgebildete Zuwanderer. Deshalb müssen wir die praktischen Voraussetzungen verbessern, damit gut ausgebildete Zuwanderer nach Deutschland kommen. Des Weiteren müssen wir Fachkräfte in Deutschland halten sowie das Fachkräftepotenzial in Deutschland und in der EU ausschöpfen.

Was die Ampel vorschlägt, ist hingegen ein Systemwechsel: Es geht nicht um mehr die

Einwanderung von Fachkräften, sondern um die Öffnung der Einwanderung für Geringqualifizierte. Wir wissen nicht, welche Auswirkungen dies langfristig haben wird.

Es könnten am Ende mehr Probleme entstehen: Je geringer die Qualifikation, desto höher die Gefahr einer späteren Arbeitslosigkeit. Je höher Einwanderer qualifiziert sind, desto bessere Möglichkeiten bestehen für eine

langfristige Eingliederung in unseren Arbeitsmarkt und Integration unsere Gesellschaft.

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels schlagen wir deshalb folgendes vor:

- Jedes Jahr verlassen viele gut ausgebildete Fachkräfte Deutschland. Wir müssen Rahmenbedingungen der Arbeit in Deutschland so attraktiv gestalten, dass Fachkräfte aus dem Ausland gerne zu uns kommen und die Fachkräfte, die bereits hier arbeiten, nicht mehr gehen wollen.
- Wir müssen die Potenziale für mehr Beschäftigung im Inland und EU heben. Die Möglichkeiten hierzu haben wir in unserem Positionspapier „Fachkräftemangel beenden, Deutschlands Wohlstand sichern“ vom 13. Dezember 2022 dargelegt.
- Die Verfahren bei der Einwanderung von Fachkräften müssen grundlegend entbürokratisiert und digitalisiert werden. Dafür schlagen wir eine neue Bundesagentur für Einwanderung vor, die die Aufgaben von Visastellen und Ausländerbehörden bündelt, von Anfang an komplett digital arbeitet und die Verfahren massiv beschleunigt.

Deutschland hat in den letzten Jahren einen sehr hohen Zuzug aus dem Ausland erlebt. Allein im Jahr 2022 betrug die Netto-Zuwanderung nach Deutschland 1.420.000 Menschen. Unsere Infrastruktur – Wohnungen, Kindergärten, Schulen und andere kommunale Dienste – ist am Limit. Wir müssen die weitere Zuwanderung deshalb zielgenau steuern und auf diejenigen Fachkräfte eingrenzen, die wir wirklich für den Arbeitsmarkt brauchen. Pläne einer Zuwanderung von bis zu 400.000 Arbeitskräften jährlich und zusätzlich zur ohnehin stattfindenden Migration nach Deutschland – wie sie manchen Ampelpolitiken vorschwebt – lehnen wir ab.

Als Grundsatz muss deshalb gelten: Im formal geringqualifizierten Bereich müssen wir vor allem Chancen für Langzeitarbeitslose schaffen und das vorhandene Arbeitskräftepotential im Inland und in Europa nutzen. Im qualifizierten Bereich hingegen wollen wir gezielt die besten Fachkräfte aus dem Ausland für die Einwanderung nach Deutschland gewinnen.

Eine härtere Gangart beim Wolf ist notwendig

Die Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund. Mit unserem [Antrag](#) „Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen“ haben wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen aufgegriffen.

Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben

nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wurde die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.

Ampel: **abgelehnt!**

Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert.

Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Mit unserem [Antrag](#) „Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen“ forderten wir deshalb: Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer.

Ampel: **abgelehnt!**

Wärmewende versorgungssicher, nachhaltig und sozial gestalten

Durch den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat sich die Situation der Energieversorgung deutlich verschärft. Viele Bürgerinnen und Bürger sorgen sich in diesem Winter um die Wärmeversorgung ihrer Haushalte. Entlastungen gegen die steigenden Preise kommen erst mit erheblicher Verzögerung an. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung vergrößern die Verunsicherung zusätzlich. Zugleich reicht die Aufgabe über diesen und den nächsten Winter hinaus: Mit dem Klimaschutzgesetz wurde festgelegt, in Deutschland bis zum Jahr 2045 die Treibhausgasneutralität zu erreichen.

Die Bundesregierung setzt bei der Wärmewende einseitig auf Verbote und zu wenig auf Technologie. Daher haben wir als CDU/CSU in unserem [Antrag 20](#) Vorschläge für eine technologieoffene, nachhaltige und soziale Wärmewende entworfen.

Dazu gehören u. a. der Ausbau der Netze und Speicher, steuerliche Verbesserungen für Sanierungen, einen breiten technologischen Ansatz sowie Sicherstellung der sozialen Verträglichkeit.

Ampel: **abgelehnt!**

Video der Woche



Heute berichte ich mal über meine „größte Baustelle“ im Deutschen Bundestag: Die Schaffung von mehr Transparenz und Verständlichkeit im System unserer Haushalte.

Es ist eine Sisyphos-Aufgabe, aber laut Camus dürfen wir uns den ja als einen glücklichen Menschen vorstellen 😊

[KLICK](#)

Bild der Woche



Am 27. April war „Girl's day“ – und natürlich hatte sich auch die „Gruppe der Frauen“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion beteiligt. 45 Mädchen im Alter von 16 Jahren und älter aus ganz Deutschland nahmen an unserem attraktiven Programm teil, das den Mädchen u. a. Einblick in „MINT“-Berufe geben sollte, aber auch die Fraktion sowohl als politisches Arbeitsumfeld wie auch als Arbeitgeber vorstellte.